

ArbeitFairTeilen. Mindestlohn. Grundeinkommen: Eine Allianz für Gute Arbeit und ein Leben in Würde! Drei Forderungen und drei Bewegungen, die zusammengehören

Ein Verständigungs- und Orientierungspapier aus der attac-AG ArbeitFairTeilen¹⁾

Der neoliberale Kapitalismus zeigt jetzt sein wahres Gesicht. Die Finanzkrise hat sich zur Weltwirtschaftskrise entwickelt: Schrumpfung des Sozialprodukts, sinkende Nachfrage, Abbau von Überkapazitäten und Vernichtung von Arbeitsplätzen weltweit - allein in Deutschland wohl über 700.000, - zunehmende Angst der Menschen auch bei „sicheren“ Jobs, wachsende Armut und Unsicherheit. Das ist das Ergebnis von drei Jahrzehnten „neoliberaler“ Politik in weiten Teilen der Welt. Jetzt kommt es darauf an zu handeln.

Wir plädieren für ein politisches Projekt, das Gewerkschaften, Sozialprotest-Initiativen, linke Strömungen in den Parteien, Kirchen und Attac motiviert zusammenzukommen und an einem Strang zu ziehen. In dem Projekt werden **ArbeitFairTeilen, Mindestlohn und Grundeinkommen** zusammen geführt. So kann die zentrale Auseinandersetzung über soziale Gerechtigkeit mit Aktionen gegen die neoliberale Politik praktisch wirksam werden. Wir können und wollen nicht den Skandal hinnehmen, dass in Deutschland, einem der reichsten Länder der Welt, 9 Millionen Menschen (Arbeitslose, Hartz-IV-Empfänger, Leiharbeiter, Aufstocker, Niedriglöhner, Wohnungslose, Migranten), in Armut bleiben und dass viele Millionen Menschen mit der Angst leben, arbeitslos zu werden. Die andauernden Wirkungen der Sozial-Proteste ermutigen uns. Attac kann und sollte diesen Projektansatz in Gang setzen.

Erinnern wir uns, was die neoliberalen Ideologen mit dem Versprechen, mehr Arbeitsplätze zu schaffen und die Arbeitslosen in Lohn und Brot zu bringen, gnadenlos durchgeboxt haben: der Arbeitsmarkt wurde flexibilisiert und der Kündigungsschutz gelockert. Arbeitslose müssen jede Arbeit an jedem Ort und zu fast jedem Lohn akzeptieren. Das Ergebnis: ein Niedriglohnsektor mit über 8 Millionen Beschäftigten und Löhnen, die zum Leben nicht ausreichen; über 700.000 Leiharbeiter, die vielfacher Diskriminierung ausgesetzt sind. Diese müssen Jobs mit geringstem Lohn und oft zu unmoralischen, unsozialen und unzumutbaren Bedingungen annehmen. Es ist eine Schande, die Menschen zum Arbeiten unter Sklavenarbeit ähnlichen Bedingungen zu zwingen.

Die neoliberalen Ideologen haben mit ihrer diffamierenden Unterstellung, „Arbeitslose seien selbst schuld“, die unwürdigen Hartz IV-Regeln durchgesetzt. Sie haben Millionen Menschen dem Schnüffelterror der Bürokratie, Umzugszwang und anderen Schikanen ausgesetzt. Die Betroffenen wurden zu Menschen dritter Klasse degradiert und die Mehrheit von ihnen in Armut getrieben. Mit der perfiden Behauptung, Staatsverschuldung sei die größte Ungerechtigkeit, wurden die Sozialsysteme geplündert; gleichzeitig bekamen die Reichen Milliarden Steuergeschenke. Daraus sind aber weder Arbeitsplätze noch Wirtschaftswachstum entstanden; stattdessen überschüssiges Kapital, das die großen Multis nicht reinvestieren, sondern das sie auf der Jagd nach immer mehr Kapital in die Finanzspekulation schleusen. Diese Ideologen haben mit dem Vorwand Entbürokratisierung öffentliche Güter wie Post, Gesundheitsversorgung, kommunale Energie- und Wasserversorgung, kommunalen Wohnraum und selbst die Bahn teilprivatisiert. Den vagabundierenden Kapitalmassen wurden zu Lasten der Nutzer öffentlicher Güter profitable Anlagesphären geschaffen. Die Privatisierung vieler öffentlicher Bereiche untergräbt auch die Grundlagen der Demokratie.

Wir stellen fest: Die Bilanz neoliberaler Politik ist eine Katastrophe für die Menschheit. Die Reichen wurden reicher, die Armen ärmer. Arbeitszeit wurde verlängert, das Lohnniveau gesenkt, die Gewerkschaften geschwächt und zu Zugeständnis getrieben, Sozialsysteme wurden abgebaut, Millionen Menschen ihrer Würde beraubt. Großkonzernen und Banken wurde es bequem gemacht, ihre Profite risikolos zu steigern. Der Neoliberalismus ist die Ursache dafür, dass Unsicherheit und Perspektivlosigkeit um sich greifen, dass Konkurrenz, Aggressivität und Instabilität neue Höhepunkte erreichen. Diese Politik ist wahrlich ein Rückschritt für die gesamte Menschheit.

¹ Es handelt sich um einen Text aus der Attac-AG „ArbeitFairTeilen“. Er wird von folgenden AG-Mitgliedern getragen: Peter Grottian, Helmut Horst, Stephan Krull, Mohssen Massarrat, Margareta Steinrücke, Fritz Tiemann

Es reicht: Stopp damit!

Die „Rettungspakete“ der Regierungen in Deutschland und anderswo dienen dazu, den Neoliberalismus zu retten. Wir, die sozialen Bewegungen, sind nicht bereit, uns damit abzufinden. Wir sind entschlossen, gemeinsam mit den Opfern des neoliberalen Terrors und der sozialen Schande, vor allem zusammen mit den Gewerkschaften, dieser Politik den Kampf anzusagen. Wir werden die noch vorhandene Spaltung zwischen Sozialverbänden, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen überwinden. Die relevanten Interessen und Forderungen, die zusammengehören, können, in einer **Allianz für Gute Arbeit und ein Leben in Würde** gebündelt, eine politische Dynamik entfalten, die über den jeweils eigenen Horizont hinausreicht. Um diese Allianz aufzubauen, müssen wir unsere Differenzen, die uns bisher hinderten, überwinden.

Mindestlohn, Grundeinkommen und ArbeitFairTeilen gehören zusammen!

Die Forderung der Gewerkschaften für einen gesetzlichen Mindestlohn steht auf der politischen Agenda. Sie findet Unterstützung in der Gesellschaft. Nur fanatische Neoliberale sind nicht bereit, das geringste Zugeständnis zu machen, obwohl die Forderung dem System nicht einmal schadet. Es ist ein Gebot der Stunde, mit Gewerkschaften, Kirchen und sozialen Bewegungen eine offensive Kampagne zu organisieren. Die Forderung nach einem gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohn ist ein erster und wichtiger Schritt. Um eine Allianz zu bilden, die über die Gewerkschaften hinaus verankert wird, muss der Kampf für den Mindestlohn als Teil einer sozial- und arbeitspolitischen Perspektive begriffen werden. Dies mindert Unsicherheit und Angst, welche wie ein Spaltpilz die Mobilisierung breiter gesellschaftlicher Schichten schwierig machen. Dazu gehören weitere Schritte zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit.

Wir sind überzeugt, dass eine **Allianz für Gute Arbeit und ein Leben in Würde** entstehen und die Gewerkschaften wieder in eine Position der Stärke führen kann. Diese Allianz erfordert, sich außer für Mindestlohn für weitere Ziele einzusetzen:

- Abschaffung des Hartz IV-Systems, weil es mit Schnüffelterror die Menschen erniedrigt, ihrer Würde beraubt und grundlegende Menschenrechte verletzt.
Artikel 1 GG: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“
- Einrichtung einer armutsfesten, bedarfsabhängigen und repressionsfreien Grundsicherung
- Abschaffung der Massenarbeitslosigkeit durch faire Umverteilung der Arbeit
- Vollständige Gleichstellung der Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen hinsichtlich der Bezahlung und Behandlung.
- Ein Grundeinkommen für selbst gewählte, gesellschaftlich nützliche Tätigkeiten.

Zum **Grundeinkommen** gibt es sich ausschließende Positionen: einerseits ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle in Kombination mit Erwerbsarbeit. Diese Variante ist neoliberalen Gedankengut zuzuordnen, da es zum Ausbau des Niedriglohnsektors führt. Andererseits ein bedingungsloses Grundeinkommen, das mit einer Kritik der Erwerbsarbeit begründet wird: Die antikapitalistische Variante. Das neoliberale Modell steht für uns nicht zur Debatte. Die antikapitalistische Variante wird bei Attac und in der Gesellschaft partiell vertreten. Sie ist als eine Möglichkeit jenseits des Kapitalismus denkbar und reizvoll. Als die Erwerbsarbeit verneinende Variante ist sie für eine Allianz z.B. mit Gewerkschaften, die sich als Organisation der von Erwerbsarbeit Abhängigen verstehen, nicht geeignet. Voraussetzung für eine Allianz sind Vorschläge zum Grundeinkommen, die heute politisch und ökonomisch durchsetzbar sind. Sie dürfen zu den berechtigten Interessen derjenigen, die weiterhin Erwerbsarbeit leisten - und diese stellen die Mehrheit dar – nicht im Widerspruch stehen. Gleichzeitig sollen sie eine gebotene Option für die Menschen sein, die selbstbestimmte Arbeit, nicht aber Lohnerwerbsarbeit, leisten können oder wollen.

Deshalb plädieren wir erstens für ein **bedarfsabhängiges und armutsfestes Grundeinkommen ohne Schnüffelei und demütigendes Einmischen** in das Privatleben der Menschen anstelle des HartzIV-Systems. Dieses Grundeinkommen entspricht den Interessen von Hartz-IV-Empfängern ebenso wie denen, die Erwerbsarbeit leisten. Wir schließen uns weitgehend der Memorandum-Gruppe an, die 2006 forderte:

: „...die Sicherungslücke muss durch eine bedarfsorientierte Grundsicherung geschlossen werden, die den Begünstigten – und das sind alle, die nicht oder in nicht ausreichendem Maße über sonstiges Einkommen verfügen – ein Leben frei von Armut und in Würde ermöglicht. ... schlagen wir die Einführung einer bedarfsabhängigen Grundsicherung in Höhe von 940 Euro (pro Haushaltsvorstand) vor. ... Die Dynamisierung erfolgt automatisch durch die Orientierung an dem 60-Prozent-Kriterium der EU und ist somit als gesetzlicher Anspruch unabhängig von finanzpolitischen Erwägungen und „Spar“runden. ... Die Zumutbarkeitskriterien sollten gründlich revidiert werden und zur „Verhinderung unterwertiger Beschäftigung“ (Arbeitsförderungsgesetz von 1969) einen Einkommens-, Qualifikations- und regionalen Mobilitätsschutz umfassen. Mit einer solchen Regelung im Rahmen einer bedarfsabhängigen Grundsicherung ist der Zwang, jede Arbeit aufzunehmen, aufgehoben. (<http://www.memo.uni-bremen.de/docs/memo06-kurz.pdf>)

Anders als die memo-Gruppe wollen wir allerdings einen individuellen Anspruch auf Grundeinkommen ohne Verrechnung mit einem möglichen PartnerInnen Einkommen.

Wir wollen – weiter als die memo-Gruppe – **ein Existenz sicherndes Grundeinkommen** auch für Tätigkeiten eigener Wahl, die bei allen durch Akkreditierung anerkannten gemeinnützigen oder selbst verwalteten Einrichtungen geleistet werden. Mit dem Nachweis der gesellschaftlichen Nützlichkeit einer selbst bestimmten Tätigkeit würde der Grund für die Sorgen der gewerkschaftlichen Kritiker des Grundeinkommens entfallen. Dadurch entstünde ein Rechtsanspruch auf Tätigkeiten, die große Kreativitätspotentiale freisetzen und die gesellschaftliche Produktivität in geistigen, kulturellen und künstlerischen Bereichen erhöhen würden. Das käme der gesamten Gesellschaft zugute. Es würde ein neuer Sektor selbst verwalteter, selbst bestimmter Individuen bzw. freiwillig entstandener Gemeinschaftsbetriebe entstehen, die auf neue Weise nützliche materielle und immaterielle Güter hervorbringen. Schließlich wird diese Entwicklung zur Einengung des kapitalistischen Sektors führen und der Kommerzialisierung wichtiger Lebensbereiche entgegenwirken. Mit diesem bescheidenen Rechtsanspruch würde ein geschützter Raum für alternative Arbeits- und Lebensmodelle geschaffen, der dem Allmachtsanspruch des Neoliberalismus nicht nur symbolisch entgegensteht. Eine freie und auf Kooperation ihrer Mitglieder beruhende Gesellschaft kann sich nur durchsetzen und Bestand haben, wenn Menschen die Möglichkeit haben, zwischen Alternativen zu wählen und die Überlegenheit der Alternativen erleben zu können.

Solidarische Umverteilung der Arbeit durch Verkürzung der Arbeitszeit. Dringend steht angesichts der Krise eine Initiative für faire Umverteilung der Arbeit an, anknüpfend an die historische Entwicklung der Arbeitszeitverkürzung. Diese sollte immer dazu dienen, Menschen, die Erwerbsarbeit suchen, einen Arbeitsplatz zugänglich zu machen. Sie sollte dazu beizutragen, die Lebensbedingungen der Erwerbstätigen zu verbessern und ihnen die permanente Angst nehmen, durch Arbeitslosigkeit in Armut zu rutschen. Massenarbeitslosigkeit ist der größte soziale Skandal. Sie raubt Menschen die Existenzgrundlage und treibt sie in Armut. Arbeitslosigkeit darf in einer demokratischen Gesellschaft nicht hingenommen werden, da sie Gewerkschaften als Gegenmacht zum Kapital schwächt, ihre Verhandlungsmacht reduziert, die abhängig Beschäftigten spaltet und so Rassismus und Ausländerfeindlichkeit fördert. Arbeitslosigkeit stellt eine permanente Gefahr für die Demokratie dar.

Massenarbeitslosigkeit resultiert aus rasanten Produktivitätssteigerungen bei gesättigten Märkten und begrenzten Wachstumspotentialen bei materiellen Gütern. Die wachsende Produktivität ermöglicht die Herstellung von Gütern und Dienstleistungen mit immer weniger Personal. Anstatt die frei gesetzte Arbeit für soziale Beziehungen, Kultur, Bildung und Partizipation zu nutzen, haben neoliberale Regierungen lieber die Massenarbeitslosigkeit hingenommen. So wurden und werden Produktivkräfte zu Destruktivkräften, weil Millionen Menschen der Zugang zu Erwerbsarbeit versperrt bleibt. Andere werden durch überlange Arbeitszeiten früh vernutzt. Auf Grund von Produktivitätssteigerung und begrenzten Wachstumsreserven in Produktionssektoren können Konjunkturspritzen die Arbeitslosigkeit nicht beseitigen. Für das laufende Jahr kommt hinzu, dass die gegenwärtige Krise zu einem Teil auf Überkapazitäten zurückzuführen ist, die, wie in der Autoindustrie, mit Entlassungen und Betriebsstilllegungen beseitigt werden. Viele Unternehmen führen Kurzarbeitsperioden ein: befristete Arbeitsverkürzung zu Lasten der Beschäftigten, der Steuerzahler und der Arbeitslosenversicherung. Zu großer Arbeitslosigkeit mit daraus entstehenden Konsequenzen gibt es nur eine solide Alternative: die generelle Arbeitszeitverkürzung und Umverteilung der Arbeit.

Eine demokratische und soziale Gesellschaft, die auf Erwerbsarbeit fundiert ist, braucht parallel zu Produktivitätssteigerung eine kontinuierliche Verkürzung der Arbeitszeit. Der Zusammenhang von Arbeitszeit, Gesundheit und Familie erfordert kürzere Arbeitszeiten zum Abbau von Stress zur

Vorbeugung gegen Krankheiten. Arbeitsumverteilung nutzt Partnerschaften, Kindern, Frauen und Männern; sie fördert Geschlechtergerechtigkeit. Menschen gewinnen Zeit zum Leben, Lieben und Lachen, sie gewinnen Zeit für Beziehungs- und Pflegearbeit, für Engagement in der Gemeinschaft, für sich selbst. Deshalb muss eine faire Arbeitsteilung eine mehrfache sein: Teilung der Erwerbsarbeit zwischen Beschäftigten und Erwerbslosen, Langzeitarbeitenden und unfreiwillig in Teilzeit und Minijobs Arbeitenden sowie Teilung der Haus- und Sorgearbeit zwischen Frauen und Männern.

Arbeitszeitverkürzung ist ein emanzipatorisches Projekt, weil erst sie ein selbst bestimmtes Leben in Würde ermöglicht. Um dieses zu erreichen, ist Arbeitszeitverkürzung mit einer auf die Bedürfnisse der Beschäftigten bezogenen Flexibilität erforderlich. Dies gilt für die Verteilung der Arbeitszeit im Tages-, Wochen-, Monats-, Jahres- und Lebensrhythmus, der in unterschiedlichen Lebensphasen unterschiedliche Bedürfnisse hervorbringt. Um die Fehler der Vergangenheit, vor allem steigende Arbeitsintensität, zu vermeiden, braucht eine Strategie der kürzeren Arbeitszeiten eine Ergänzung durch Angebote in kulturellen Tätigkeiten, der Weiterbildung, des ehrenamtlichen Engagements und der Selbstverwirklichung. Das Projekt ArbeitFairTeilen ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die über Tarifverhandlungen hinaus die Zivilgesellschaft erfasst.

Die pro Kopf vorhandene Arbeit ist seit 1975 um fast ein Viertel zurückgegangen. Der darin enthaltene Produktivitätsfortschritt muss durch Arbeitszeitverkürzung ausgeglichen werden, um die seit 1975 aufgebaute Massenarbeitslosigkeit in offener und verdeckter Form wieder abzubauen. Vollbeschäftigung wäre danach - zumindest rechnerisch - durch eine Gleichverteilung von Arbeit auf dem Niveau von 30 Wochenstunden wieder möglich. Erst eine Vollbeschäftigung neuen Typs schafft die Machtbalance zwischen Gewerkschaften und Unternehmern, die nötig ist, um sicherzustellen, dass die volle Kaufkraft der Lohn- und Gehaltsabhängigen in ihren Händen verbleibt, anstatt durch Unternehmer als „überschüssiges Kapital“ in den Kreislauf des Finanzsektors zu Spekulationszwecken geschleust zu werden. Diese Machtbalance auf der Grundlage von guter Arbeit mit kürzeren Arbeitszeiten ist auch eine wichtige Bedingung, um soziale Zukunftsprojekte, wie Grundeinkommen und Mindestlöhne auf Dauer durchzusetzen. **Deshalb ist ArbeitFairTeilen ein wichtiger Beitrag zur Vermeidung von künftigen Finanzkrisen und ein strategischer Baustein aller drei Projekte, die in Verbindung miteinander unterschiedliche Interessen und soziale Gruppen zusammenführen und die Fundamente einer Allianz für ein Leben in Gute Arbeit und ein Leben in Würde festigen.**

Attac als Vorreiter einer Allianz für Gute Arbeit und ein Leben in Würde

Attac ist ein politisch aktiver Teil der Zivilgesellschaft. Attac ist durch den Pluralismus diverser gesellschaftlicher Strömungen mit sozialen, ökologischen und friedenspolitischen Themen dafür prädestiniert, Themen grenzenübergreifend zu verbinden. Alle drei Projekte einer Allianz für Gute Arbeit und ein Leben in Würde sind in Attac verankert, sie müssen stärker als bisher zusammengeführt werden. Die Attac-Gruppen, die sich für Grundeinkommen, Mindestlohn und Arbeitsumverteilung einsetzen, können einander davon überzeugen, dass diese sozialpolitischen Projekte sich ergänzen und eine Allianz dieser Ansätze zu einer neuen politischen Qualität führt. Das wäre ein wichtiger Schritt, um über Attac hinaus kritische Kräfte, Gewerkschaften, Sozialverbände, Kirchen, bildungs-, gesundheits- und frauenpolitisch Aktive für diese Allianz zu gewinnen. Das wäre auch die kraftvolle Gegenmacht zum Neoliberalismus und seinen inhumanen Projekten wie Hartz IV, Arbeitszeitverlängerung und Niedriglohnsektor. Wir können die Erfahrungen aus den Kämpfen gegen EU Dienstleistungs- und Arbeitszeitrichtlinien, die sich bildenden Netzwerke aus der Europa-Universität in Saarbrücken nutzen.

Voraussetzung einer solchen Allianz ist es, sich erst auf das Grundsätzliche zu verständigen, die Details der Dynamik des Prozesses zu überlassen. Entscheidend sind Einsicht und Übereinstimmung, dass z.B. ein ausreichender Mindestlohn her muss. Die Höhe kann und soll mit den Gewerkschaften in einem zweiten Schritt in Abhängigkeit vom politischen Druck bestimmt werden. Ebenso wichtig ist, sich auf die mehrheitsfähige Variante des Grundeinkommens anstelle von Hartz IV und für selbst gewählte Tätigkeiten zu verständigen. Details und Modalitäten sollten in einem zweiten Schritt in Anlehnung an wissenschaftliche Vorarbeiten bestimmt werden. Schließlich muss eine Verständigung darüber erzielt werden, dass die Umverteilung der Arbeit ein für die gesamte Gesellschaft historisch bedeutsames Projekt mit gesellschaftlichen und individuellen Chancen ist. Die Macht des Kapitals wird beschränkt, ein wachsender Teil der Menschen wird aus Zwängen der Kapitalakkumulation gelöst. Details über Umfang und Form des Lohnausgleiches, der Neukonzipierung der Lebensarbeitszeit werden der Dynamik des Prozesses überlassen. Wichtig ist, dass alle drei Bausteine als Plattform der Allianz diskutiert und bestimmt werden. Die Konzentration auf Eckpunkte der Triade ArbeitFairTeilen, Mindestlohn und Ersetzung von Hartz IV durch ein schnüffelreies

Grundeinkommen als erster Schritt erleichtert die Konsensbildung, die erforderlich ist, um die Klärung der Details in einem dynamischen Suchprozess herbeizuführen, anstelle einer isoliert und aneinander vorbei geführten Diskussion der Modelle.

Die nächsten Schritte

- Diskussion und Abstimmung einer gemeinsamen Strategie innerhalb Attac (Koordination der Attac-Gruppen, Präsentation des Projekts im Ko-Kreis / Attac-Rat.
- Beginn der Dialoge mit Gewerkschaften, Sozialverbänden, Kirchen und dem Projekt wohl gesonnenen Parteiströmungen.
- Eine oder mehrere pluralistisch zusammengesetzte Vorkonferenzen in 2009 unter Beteiligung von Gewerkschaften, Sozialverbänden, Kultur- und Bildungseinrichtungen, sozial ausgerichteten Gesundheitszentren und Kirchen, Expertinnen aus Wissenschaft und Politik, ausgehend vom "Kapitalismuskongress" im März 2009
- Entwurf für ein gemeinsames Manifest.
- Sozialpolitischer Kongress mit Außenwirkung in 2010.
- Europapolitische Aktivitäten 2009 – 2010.
- Gemeinsame Aktionen, die mobilisierend und wahrnehmbar sind und die Entschlossenheit aller Beteiligten stärken und vor Augen führen.

Die historischen Erfahrungen zeigen, dass für die Durchsetzung wichtiger Forderungen, wie sie nun auf der politischen Agenda stehen, Demonstrationen allein nicht reichen. Es wird deshalb auch legitime Formen wie Streiks und Aktionen des zivilen Ungehorsams geben.